

Antrag

der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für eine moderne und umfassende Betreuungskommunikation im Einsatz

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Einsätze der Bundeswehr sind für die Soldatinnen und Soldaten und für ihre Familien eine besondere Herausforderung und Belastung. Im Einsatzland müssen die Soldatinnen und Soldaten alltäglich mit den Risiken des Einsatzes umgehen und komplexe Aufgaben bewältigen. Verstärkt wird die Belastung durch die Trennung von Familien, Partnern und Freunden. Für die Angehörigen der Soldatinnen und Soldaten tritt neben die Herausforderung der räumlichen Distanz auch oft die Angst um den geliebten Menschen. Der Bundestag bekennt sich zu seiner besonderen Fürsorgepflicht für die Soldatinnen und Soldaten der Parlamentsarmee und ihre Angehörigen.

Kommunikationsmedien spielen für Bundeswehrangehörige und ihre Familien eine wesentliche Rolle. Sie sind von erheblicher Bedeutung für die Bewältigung der Belastungen, die mit dem Einsatz für beide Seiten verbunden sind. Eine funktionierende Kommunikation mit den Angehörigen trägt wesentlich dazu bei, stressbedingten Belastungsstörungen zu begegnen. Sie umfasst nicht nur die Fürsorge des Dienstherrn, sondern ist auch entscheidend für die Motivation und Einsatzbereitschaft der Einsatzkontingente.

Kommunikation geht heute jedoch weit über die bisher genutzte Telefonie hinaus und vollzieht sich zu einem großen Teil im Internet. Daher sind vorrangig in der Internetkommunikation weitergehende Verbesserungen anzustreben.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

aus den vorhandenen Mitteln des Einzelplans 14

1. die bestehenden Unterkunftsgebäude der Bundeswehr in den Einsatzgebieten flächendeckend mit einer Technologie auszustatten, die die Nutzung von Programmen zur Videotelefonie in entsprechender Qualität in den Unterkunfts-bereichen ermöglicht und das Angebot für die Soldatinnen und Soldaten zu erweitern;
2. den Gesamtaufwand für die kostenfreie Nutzung des Internets in den Unterkünften zu ermitteln und diesen dem Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages zeitnah in einem Umsetzungskonzept inklusive einen entsprechendem Finanzierungsvorschlag vorzulegen;
3. die für den Betrieb von Internettechnik notwendige Infrastruktur in Zukunft bereits von Beginn an in die Neubauten von Unterkünften zu integrieren;

4. geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Privatsphäre der Soldatinnen und Soldaten bei der Nutzung von Videotelefonie in den Gemeinschaftsbereichen zu verbessern;
5. den Soldatinnen und Soldaten im Einsatz kostenfrei die Möglichkeit zu geben, nach Deutschland zu telefonieren und die dafür bisher geltende Beschränkung von 30 Minuten aufzuheben. Die Möglichkeit der kostenfreien Anrufe nach Deutschland soll insbesondere auch eine Bedingung bei zukünftigen Ausschreibungen sein.

Berlin, den 6. März 2012

Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion
Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion
Rainer Brüderle und Fraktion
Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion